

# Radikalenerlass: Land soll sich entschuldigen

STUTT GART (rai). Vertreter der Regierungsfractionen von Grünen und SPD treffen sich Mitte Juni zum ersten Gespräch mit Betroffenen des Radikalenerlasses. Die Betroffenen, die als linke Verfassungsfeinde eingestuft worden waren, fordern eine Entschuldigung des Landes sowie zum Teil finanzielle Entschädigung. Mit dem Erlass wurde in den Jahren 1972 bis 1991 versucht, Mitglieder extremistisch eingestufte Organisationen aus dem Staatsdienst zu entfernen beziehungsweise von ihm fernzuhalten.

Grün-Rot zeigt wenig Neigung, die Forderungen sofort zu erfüllen. Die Grünen wollen erst eine wissenschaftliche Aufarbeitung, und SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel sagte gegenüber unserer Zeitung: „Wir sagen bestimmt nicht: Das war alles Unrecht.“

► Landesnachrichten Seite 5

## Kippe

### Vorgaben im Nachteil

Die Entwicklung kommt für die Landesregierung Baden-Württembergs zur Unzeit. Nach Jahren der Stagnation steigt die Zahl der Windkraftprojekte, trotz lokaler Rückschläge, seit etwa zwei Jahren an. Landesweit sind derzeit etwa 250 Windräder im Genehmigungsverfahren. Ob diese nun weiterverfolgt werden, erscheint unsicher – zumal ab 2017 neue Einschnitte drohen. Dann sollen nur noch die bundesweit rentabelsten Anlagen gebaut werden.

► Wirtschaft Seite 7

## Kommentar

# Kein Pardon

Der Staat muss sich für den Radikalenerlass nicht entschuldigen

VON RAINER WEHAUS

Die Linken, die sonst einen starken Staat wollen, hätten ihn gern schwach, wenn es ums Personal geht. Der Staat sollte ihrer Ansicht nach auch Lehrer dulden, die die jetzige Staatsform ablehnen und womöglich wortreich bekämpfen. Das gilt aber nur für Linksextremisten. Rechtsextremisten sind nach dieser Weltsicht etwas anderes, nämlich wirklich böse. Da kennen die Linken kein Pardon.

Fast 25 Jahre nach Abschaffung des Radikalenerlasses wird er noch immer skandalisiert. Nun hoffen die Kritiker auf Regierungschef Kretschmann, der als Student selbst auf kommunistischen Abwegen war und fast nicht hätte Gymnasiallehrer werden dürfen. Er soll dafür sorgen, dass sich das Land bei den Betroffenen entschuldigt. Eine pauschale Entschuldigung aber darf es nicht geben. Kretschmann hat dazu das Nötige gesagt: „Als Staatsdiener, der ich werden wollte, muss man aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Bei Zweifeln an der Verfassungstreue muss der Staat diesen also nachgehen.“

Mag sein, dass der Radikalenerlass der falsche Weg war. Sicher gab es Ungerechtigkeiten. Das Ganze fand aber nicht in einem rechtsfreien Raum statt, die Gerichte konnten stets angerufen werden. Von den Betroffenen, die jetzt das Land bedrängen, hat sich nur einer, ihr Sprecher, vor Gericht durchgesetzt. Das ist ein bisschen wenig für eine pauschale Kritik.

r.wehaus@stn.zgs.de

# Radikalenerlass soll aufgearbeitet werden

Grün-Rot trifft sich Mitte Juni erstmals mit Betroffenen, die weitgehende Forderungen haben

Jahrzehntelang versuchte auch Baden-Württemberg, Extremisten vom Staatsdienst fernzuhalten. Grün-Rot lässt sich nun auf Gespräche darüber ein, ob das Land dafür büßen muss.

VON RAINER WEHAUS

STUTTGART. Voraussichtlich am 19. Juni werden sich zwei Abgeordnete der Grünen sowie eine Mandatsträgerin der SPD mit der „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass“ in Stuttgart erstmals zusammensetzen. Dies ist jedenfalls der Termin, den der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, dem Sprecher der Initiativgruppe, Klaus Lipps, vor wenigen Tagen per Mail vorgeschlagen hat.

Lipps und seine Mitstreiter fordern seit Jahren, dass sich das Land für den Erlass entschuldigt. Zudem wollen sie eine Rehabilitierung sowie eine Entschädigung für jene, die durch den Erlass in Not geraten seien.

Unter dem Eindruck der Studentenproteste sowie der ersten RAF-Morde hatte Anfang 1972 die Ministerpräsidenten-Konferenz unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) beschlossen, Bewerber und Mitglieder im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Wer Mitglied in Organisationen wie der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) war, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft wird, bekam daraufhin ein Problem: Bundesweit kam es in der Folge des Erlasses zu 1100 Berufsverboten: Bewerber

für den öffentlichen Dienst wurden nicht eingestellt, bereits verbeamtete Staatsdiener entlassen. Insgesamt wurden rund 11 000 Disziplinarverfahren eingeleitet.

Baden-Württemberg war eines der letzten Bundesländer, die den Radikalenerlass in ihrem Verantwortungsbereich aufhoben: Seit 1991 gibt es keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz mehr.

## Kretschmann hätte fast nicht Lehrer werden dürfen

Laut Lipps gibt es im Land „weit über 200 Betroffene“ des Erlasses. Im April 2012 hatte sich die Initiative in einem offenen Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann gewandt, der selbst vom Radikalenerlass betroffen war: Als Student war Kretschmann im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) aktiv gewesen – eine Mitgliedschaft, die er rückwirkend als „fundamentalen Irrtum“ bezeichnete. Aufgrund dieser Mitgliedschaft hätte Kretschmann fast nicht Gymnasiallehrer werden können.

Dass sich die Regierungsfaktionen nun mit den Betroffenen zusammensetzen, ist laut Lipps kein Akt der Gnade, sondern sei dem öffentlichen Druck zu verdanken. Seit Dezember vorigen Jahres bombardieren er und seine Mitstreiter die Abgeordneten mit Mails.

Bei Grünen und SPD ist die Neigung allerdings nicht groß, die Forderungen sofort und umfassend zu erfüllen. „Wir wollen zunächst einmal zuhören“, sagt der Sprecher der Grü-

nen-Fraktion, für die neben Sckerl noch die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Beate Böhlen, teilnehmen wird. Laut dem Sprecher wollen die Grünen erst einmal das Problem wissenschaftlich aufarbeiten lassen, bevor sie über Entschuldigungen oder Weitergehendes entscheiden. „Alles andere kommt im Nachgang“, so der Sprecher. Auch die SPD-Fraktion, für die sich die Tübinger Abgeordnete Rita Haller-Haid an den Runden Tisch setzen wird, hat nicht vor, den Radikalenerlass als großes Unrecht abzustempeln. „Da kommt garantiert nicht der große Knall“, sagte Fraktionschef Claus Schmiedel unserer Zeitung.

Schmiedel wies darauf hin, dass von dem Erlass zwar mehrheitlich Linksradikale betroffen waren, aber eben auch Rechtsradikale wie NPD-Mitglieder. Diese würden mit demselben Duktus gegen den Erlass zu Felde ziehen. „Meine Fraktion hat überhaupt keine Lust, solche Rechtsextremisten nachträglich zu rehabilitieren und womöglich doch noch in den Staatsdienst zu übernehmen“, so Schmiedel. Im Übrigen sei das Vorgehen damals von Gerichten geprüft worden.

Laut Lipps hinkt der Vergleich mit Rechtsextremen: Diese hätten in der Regel ganz konkrete Verstöße begangen. „Wir hingegen wurden als Verfassungsfeinde abgestempelt, obwohl man uns keine konkreten Vorwürfe machen konnte.“

Lipps (73) war – halb aus Protest gegen den Erlass, halb aus Überzeugung – damals der DKP beigetreten. 17 Jahre kämpfte der Badener gegen das Berufsverbot – und bekam am Ende recht. Am 19. Juni will er zwölf weitere Betroffene zu dem Treffen mitbringen sowie einen Rechtsanwalt.

# Die Russen sind da

70 Jahre Kriegsende – Leser erinnern sich Luise Israel war 1945 in der Oberlausitz